

Ina Scharrenbach ins CDU-Präsidium gewählt

Am Samstag, 22. Januar, fand der zweite digitale Bundesparteitag der CDU statt. Marco Morten Pufke, Vorsitzender der CDU Kreis Unna, ist mit dem Ergebnis doppelt zufrieden. Als bekennender Anhänger von Friedrich Merz freut sich Pufke über dessen Wahl zum Vorsitzenden. Bei der vorangegangenen Befragung der über 380.000 CDU-Mitglieder war Merz klarer Favorit der Basis. Nun wurde dieses Votum von den Parteitagsdelegierten mit 94,6 % bestätigt. Für den CDU-Kreisverband nahmen Heinrich Böckelühr (Schwerte), Dr. Ralf Brauksiepe (Werne), Wilhelm Jasperneite (Werne), Marco Morten Pufke (Bergkamen) und Ina Scharrenbach (Kamen) teil. „Friedrich Merz steht für CDU-pur und einen klaren Kurs“, so Pufke. „Er und sein Team werden das Profil der Union wieder schärfen.“

Darüber hinaus wurde CDU-Landesministerin Ina Scharrenbach, die bislang bereits dem erweiterten Bundesvorstand der CDU angehörte, wurde in das Präsidium der CDU Deutschlands gewählt. Dazu Pufke: „Unsere Landesministerin, stellvertretende Landes- und Kreisvorsitzende und Vorsitzende der Frauen Union NRW leistet seit vielen Jahren hervorragende Arbeit, die jetzt auf Bundesebene durch den Sitz im Präsidium honoriert wird. Die CDU im Kreis Unna ist stolz, so eine erfolgreiche Mitstreiterin in unseren Reihen zu haben.“

Die digital erfolgten Wahlen müssen noch formal per Briefwahl bestätigt werden. Deren Ergebnis wird am 31. Januar verkündet

CDU-Fraktionsbüro in der kommenden Wochen geschlossen

In der Zeit vom 18. bis einschließlich 22. Oktober bleibt das CDU-Fraktionsbüro geschlossen. Ab Montag, 25. Oktober, ist das Fraktionsbüro mit den Öffnungszeiten von 9 bis 12 Uhr wieder besetzt.

100 Prozent Zustimmung für Ina Scharrenbach

Die CDU hat auch den dritten Landtagswahlkreis im Kreis Unna besetzt. Am Sonntag, 10. Oktober, wurde Ministerin Ina Scharrenbach (45) von den Wahlkreisvertretern aus Lünen, Selm und Werne einstimmig zur Kandidatin im Wahlkreis 116 (Unna II) gekürt. Im Haus Kreuzkamp, Cappenberg, präsentierte sich die Ministerin in Bestform. Sie legt großen Wert auf Bürgernähe: „Jede Stadt hat ihre Stärken. Der größte Trumpf dabei sind unsere Bürgerinnen und Bürger. Mit ihnen zusammen möchte ich als Landtagsabgeordnete die drei Städte nach vorne bringen. Denn es sind der Mut und die Ideen der Menschen, die sich tagtäglich im Großen wie im Kleinen einbringen und engagieren.“



Das Foto zeigt v.l.n.r. Marcal Zilian, Marco Morten Pufke, Ina Scharrenbach und Torsten Goetz. Foto: Franklin Berger

Ihr Leitmotiv sei, die Stärken jeder und jedes Einzelnen zu nutzen, um zusammen Lünen, Selm und Werne zu gestalten. „Vor uns stehen große Herausforderungen: Der Zusammenhalt der Generationen, ein sicheres Leben für alle, insbesondere für Familien, Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche, eine gelungene Integration und eine Gesellschaft, die zusammenhält, sind genauso entscheidend für die Zukunft der drei Städte wie eine verlässliche Wirtschafts- und eine solide Finanzpolitik“, so Scharrenbach weiter. „Die Arbeits- und Wirtschaftsstandorte im Nordkreis – als Fundament von allem – stehen vor größeren Veränderungen. Voll motiviert und mit klarem Kompass, den Menschen in den Mittelpunkt einer Politik für unsere Heimat zu stellen, gehen wir als CDU jetzt in die kommenden Monate.“

Scharrenbach lebt in Kamen, wo sie viele Jahre dem Stadtrat angehörte. Auch im nördlichen Kreis Unna ist sie längst bestens bekannt. Seit 2017 leitet sie in Nordrhein-Westfalen das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. In dieser Funktion hatte sie schon mehrfach die Aufgabe, in Lünen, Selm und Werne Förderbescheide zu überreichen. Hubert Hüppe, zukünftiger Bundestagsabgeordneter im Kreis Unna, gehörte nach der Aufstellung zu den ersten

Gratulanten. „Damit ist die Aufstellung für die Landtagswahl komplett. Ich freue mich, dass wir geschlossen und mit einem jungen, hochmotivierten Team in den Landtagswahlkampf starten werden“, zeigt sich Marco Morten Pufke, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes und Leiter der Versammlung, hochzufrieden.

Für das Landtagsmandat in Bergkamen, Bönen, Kamen und Hamm-Herringen bewirbt sich Torsten Goetz (33), CDU-Vorsitzender und stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Bönen. In Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Schwerte und Unna tritt der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Marçal Zilian (22), für die CDU an.

Betrunkener Autofahrer nach Verfolgungsfahrt gestellt

Am heutigen Samstag erhielt die Polizei um 3.50 Uhr Hinweise zu einer Trunkenheitsfahrt im Straßenverkehr eines 54-jährigen Mannes aus Essen, ausgehend von Kamen-Methler. Das Fahrzeug konnte durch Einsatzkräfte an der Autobahnauffahrt Kamen/Bergkamen zur BAB A 2 gesichtet werden. Der Fahrzeugführer fuhr trotz Anhaltezeichen auf die A 2 Richtung Oberhausen/Essen auf. Durch eine Funkstreifenbesatzung der KPB Unna wurde die Verfolgung aufgenommen und trotz weiterhin eingeschalteter Sondersignalanlage und gegebener Anhaltezeichen erhöhte das Fahrzeug die Geschwindigkeit. Die Fahrt ging mit gefahrener Geschwindigkeit von bis zu 180 km/h, aber ohne erkennbare Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer über die A 2 bis zur Anschlussstelle Dortmund-Mengede/Waltrop. Dort wendete das Fahrzeug auf verkehrsmäßig korrektem Wege, fuhr in Gegenrichtung Hannover wieder auf die A 2 auf und konnte dann am Ende des Beschleunigungsstreifens auf dem

Standstreifen angehalten werden. Bei dem 54-jährigen Fahrzeugführer wurden Anzeichen einer Alkoholisierung festgestellt und er wurde für die weiteren Maßnahmen zur Polizeiwache Kamen verbracht. Der Führerschein verblieb bei der Polizei. Der Mann wurde im Anschluss an die Maßnahmen entlassen. Ein entsprechendes Strafverfahren u. a. wegen Trunkenheit im Straßenverkehr wurde eingeleitet.

Mahnwache für “Gesunde Krankenhäuser”

Außer Klatschen nichts gewesen? Die Linke im Kreis Unna plant eine Mahnwache vor vier Krankenhäusern im Kreis, um stellvertretend dort für alle in der Pflege Beschäftigten auf die bestehenden Missstände aufmerksam zu machen. Zu diesem Zwecke werden im Rahmen der Volksinitiative “Gesunde Krankenhäuser” wieder vor Ort Unterschriften gesammelt, um den Landtag zu bewegen, sich mit dem Thema zu befassen. Außerdem wollen sich die Teilnehmer*innen durch die Mahnwache mit den im Krankenhaus unter schweren Bedingungen Arbeitenden solidarisch erklären. Hier, wie auch an anderen Stellen im großen Bereich der Pflege sind die Probleme, Arbeitszeit, Bezahlung und der Pflegeschlüssel trotz vieler Worte von der verantwortlichen Politik nicht gelöst worden. Zu finden sind die Mahnwachen an folgenden Krankenhäusern: Christliches Klinikum Unna, Marienkrankenhaus Schwerte, Klinikum Westfalen Hellmig Krankenhaus in Kamen und am Christopherus-Krankenhaus in Werne. Die Zeiten umfassen den Zeitraum von Freitagmorgen bis Samstagmorgen, sind aber an den jeweiligen Standorten an die Möglichkeiten angepasst. Wer die Aktion unterstützen möchte oder weitere Informationen haben will, kann sich telefonisch an folgende Nummer wenden: 0151 10748 706. Die

Linke hofft auf große Unterstützung aus der Bevölkerung.

Kommunalwahl: Fünf Bewerbungen für Landratsposten

Die erste Entscheidung für die Kommunalwahl am 13. September ist gefallen: Der Wahlausschuss des Kreises ließ am 29. Juli in öffentlicher Sitzung vier Bewerber und eine Bewerberin für die Landratswahl sowie elf Parteien bzw. Wählergruppen und einen Einzelbewerber für die Kreistagswahl zu.

Um das Amt des Landrates können sich Mario Löhr aus Selm (Jahrgang 1971, SPD), Marco Morten Pufke aus Bergkamen (Jahrgang 1973, CDU), Herbert Goldmann aus Fröndenberg/Ruhr (Jahrgang 1954, GRÜNE), Susanne Schneider aus Schwerte (Jahrgang 1967, FDP) und Andreas Dahlke aus Lünen (Jahrgang 1965, GFL) bewerben.

Direktmandate und Reservelisten

Die Hälfte der insgesamt 60 Kreistagsmitglieder wird in 30 Wahlbezirken direkt gewählt. Die andere Hälfte zieht über sogenannte Reservelisten in das Gremium ein.

Für die Wahl zum Kreistag zugelassen wurden die Direktkandidat*innen von SPD, CDU, GRÜNE, DIE LINKE., FDP, FW** Kreisverband Unna, GFL**, UWG**, AfD, FAMILIE**, der Einzelbewerber Helmut Rosenkranz und die WfU**.

Die Direktkandidat*innen der WfU treten nur in den fünf Wahlbezirken in Unna an, die AfD tritt in den Wahlbezirken 01 bis 04, 06 bis 23 und 25 bis 30 an, der Einzelbewerber nur im

Wahlbezirk 10 in Lünen.

Mit einer Ausnahme wurden auch die Reservelisten der Parteien und Wählergemeinschaften zugelassen. Die von der AfD eingereichte Reserveliste wurde wegen eines Einspruchs des AfD-Bezirksvorstandes vom Wahlausschuss zurückgewiesen.

Hintergrund zur Kommunalwahl

Wahlberechtigt bei der Kommunalwahl sind im Kreis rund 323.890 Bürger*innen (Stand 30.04.2020, laut Melderegister der Kommunen). Der scheidende Kreistag hat noch 66 Mitglieder. Nachdem der Kreis mit Fortschreibung des Zensus 2011 unter die Marke von 400.000 Einwohnern gerutscht ist, sehen kommunalrechtliche Bestimmungen die Verkleinerung des Kreistages auf 30 Sitze und der Wahlbezirke von 33 auf 30 vor.

Eine Übersicht über die Wahlbezirke findet sich im Internet unter

<https://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis-region/politik-verwaltung/wahlen/kommunalwahl/kommunalwahl-2020/>.

**FW = Freie Wählergemeinschaft, GFL = Gemeinsam Für Lünen, UWG = Unabhängige Wählergemeinschaft Selm, Familie = Familien-Partei Deutschlands, WfU = Wir für Unna PK | PKU

Wahlplakate in Bergkamen erst ab Mitte August

Wie auch bei den vergangenen Wahlen hat Bürgermeister Roland Schäfer am 28. Juli interessierte Parteien eingeladen, mit dem Ziel, eine gemeinsame Wahlkampfvereinbarung für die kommende Kommunalwahl abzuschließen. Bei dieser Wahlkampfvereinbarung geht es im Wesentlichen um eine einheitliche Plakatierung auf

den insgesamt 33 von der Stadt Bergkamen zur Verfügung gestellten Plakattafeln im Stadtgebiet unter Verzicht auf eine darüber hinausgehende kleinflächige Plakatierung in den Straßen im Stadtgebiet. Ausgenommen davon sind natürlich parteieigene Großflächentafeln. Anders als bei den sonstigen Wahlen werden zur Kommunalwahl die Plakatflächen anteilig zu den jeweiligen Wahlvorschlägen (Landrat, Kreistag, Bürgermeister, Stadtrat) vergeben. „Daher bekommen die Parteien wie SPD, CDU und Grüne, die Wahlvorschläge für alle Wahlen eingereicht haben, mehr Plakatflächen zugewiesen als die anderen Parteien“, so Thomas Hartl, zuständig für die Organisation der Wahlen bei der Stadt Bergkamen. Diesem Abkommen sind bisher SPD, CDU, Bündnis 90/Grüne und LINKE beigetreten. Die FDP und BergAUF nehmen nicht teil. Rückmeldungen fehlen noch von den Parteien, die nur an der Wahl des Landrates und/oder des Kreistages teilnehmen. Die Plakatierung beginnt ab dem 17. August. Dies ist auch der Zeitpunkt, an dem voraussichtlich die Wahlbenachrichtigungen in die Verteilung gehen und die Möglichkeit der Briefwahl besteht. Am 13. September werden insgesamt rund 39.000 Bergkamenerinnen und Bergkamener ihre Stimme abgeben können. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche oder EU-Bürger ab 16 Jahren.

Netto-Markt in Weddinghofen: Offener Brief der Grünen an Bürgermeister Schäfer

Wegen des geplanten und umstrittenen Netto-Markts in Weddinghofen hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Bergkamen einen offenen Brief an Bürgermeister Roland Schäfer geschrieben. Wir veröffentlichen ihn ungekürzt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Roland Schäfer,

aus aktuellem Anlass schreibe ich Ihnen diesen offenen Brief bezüglich einer positiv beschiedenen Bauvoranfrage zum Bau eines Lebensmittel- und Getränkemarktes in Weddinghofen. Normalerweise ist das laufende Tätigkeit der Verwaltung. Aber auf Grund der erheblichen Diskussion in der Öffentlichkeit bitte ich zu nachfolgend aufgeführten Fragen Stellung zu beziehen, damit wir als politische Vertreter unserer Kommune über diesen Vorgang informiert sind.

Unser bisheriges Wissen: Die Stadt Bergkamen hat am 24.03.2020 dem Antragsteller, KaGe GbR Herrn Geise, einen Vorbescheid für den Neubau eines Lebensmittel- und Getränkemarktes Netto und Trinkgut in Bergkamen-Weddinghofen (Häupenweg, Flur 14 Flurstück 240) ausgestellt. Dieser Vorbescheid wurde am (24.03.2020) der Eigentümerin des landwirtschaftlichen Betriebs Hof Ostendorff brieflich übermittelt. Die Eigentümerin (Lina Jenny Ostendorff) hat fristgerecht Klage gegen den Vorbescheid erhoben. Der Vorhabenträger plant einen Lebensmittel- und Getränkemarkt (Netto und Trinkgut). Die Grundstücksfläche ist 11.792 m² groß. Die Fläche wird abgesehen vom Abstandsgrün zum Häupenweg fast vollständig überbaut, davon

- 1.960 m² Lebensmittelmarkt
- 1.183 m² Getränkemarkt
- 139 Stellplätze und Verkehrsfläche
- ca. 400 m² Abstandgrün
- ca. 250 m² Erdwall

Hieraus ergibt sich unsere 1. Frage an Sie, Herr Bürgermeister. Im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Bergkamen ist diese Fläche als Wohnbaufläche dargestellt. Ein Bebauungsplan gemäß § 30 BauGB besteht nicht. Warum wurde kein Bauleitverfahren (Änderung des FNP) und Aufstellung eines B-Planes durchgeführt? Nach Auffassung der Stadt Bergkamen beurteilt sich die Zulässigkeit des Bauvorhabens nach § 34 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang

bebauten Ortsteile).

Ist das rechtlich zulässig?

Naturschutzrecht und EU-Vogelschutzrichtlinie:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

es handelt sich beim Steinkauz um eine streng geschützte Art nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten). Nach Abs. (1) Nr. 2 „...ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten ... erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.“

Eine solche Störung mit Auswirkung auf den Erhaltungszustand liegt vor, da rd. 30 % des Lebensraums durch die Überbauung des fast 1,2 ha großen Areals zerstört wird. Der Steinkauz ist auf kurzrasiges Dauergrünland (Viehweiden) als Jagdbiotop angewiesen und kann daher nicht auf andere landwirtschaftliche Flächen der Umgebung ausweichen.

Nach § 63 BNatschG ist eine nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz vom Bund anerkannten Vereinigung ... Gelegenheit zur Stellungnahme ... zu geben.

Nach § 64 BNatschG (1) kann ... eine anerkannte Naturschutzvereinigung Rechtsbehelfe ... einlegen, wenn die Vereinigung,,

1. geltend macht, dass die Entscheidung ... Rechtsvorschriften, die bei der Entscheidung zu beachten und zumindest auch den Belangen des Naturschutzes ... zu dienen bestimmt sind, widerspricht.“

Ausnahmetatbestände nach § 45 oder Befreiungstatbestände nach § 67 BNatschG liegen nicht vor.

Die wild lebende Tierart Steinkauz (*Athene noctua*) ist nach der EU-Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Richtlinie 2009/147/EG) geschützt. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes gelten die Verpflichtungen des Artikel 3 schon bevor ein Bestandsrückgang festgestellt wurde oder sich die Gefahr des Verschwindens

einer Art konkretisiert hat (vgl. Urteil des Gerichtshofes vom 02.08.1993 in der Rechtssache C-355/90, Kommission/Spanien, Slg. 1993, I-4221, Randnummer 15).

War dieser Sachverhalt beim positiven Vorbescheid bekannt?

Wenn nein: Warum wurde keine Stellungnahme nach § 63 BNatschG eingeholt?

Wenn ja: Warum wurde das nicht in dem Vorbescheid berücksichtigt?

Weiterhin bitten wir um Ihre Stellungnahme zu unserer nachfolgenden Einschätzung dieser Angelegenheit, ohne dass wir bisher von der Verwaltung in diese involviert wurden.

Das Vorhaben widerspricht der Darstellung im Flächennutzungsplan. Die Fläche ist dort als Wohnbaufläche und nicht als Gewerbefläche dargestellt.

Die Beurteilung der Stadt Bergkamen nach § 34 ist uns nicht einsichtig, da keine Kennzeichen einer Fläche des planerischen Innenbereichs vorliegen. Die Fläche befindet sich außerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils.

Da der Häupenweg nördlich der Fläche als städtebauliche Zäsur anzusehen ist, befinden sich die im Rahmen der Beurteilung nach § 34 BauGB heranzuziehenden Flächen westlich, östlich und südlich der Vorhabenfläche. Westlich, am „Uhlenweg“, befindet sich Wohnbebauung, der dortige ehemalige ALDI ist als Einzelhandelsstandort vor mehreren Jahren aufgegeben worden. Das Gebäude wird nunmehr als Arztpraxis genutzt. Südlich der Vorhabenfläche schließen sich die weiteren landwirtschaftlichen Nutzflächen des landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebs an. Östlich befindet sich das Freizeitzentrum, mit Sportplatz, Schwimmbad, Tennisplatz und Eishalle. Diese Gebäude sind nicht als Bebauung zu werten (Freizeit und Sportflächen), zumal sich weiter östlich und südlich des Freizeitzentrums landwirtschaftliche Fläche und keine Wohnbebauung anschließen. Vgl. hierzu: Ein Sportplatz stellt keinen Bebauungszusammenhang im Sinne des § 34 Abs. 1 BauGB her, auch wenn auf ihm einzelne untergeordnete

Nebenanlagen vorhanden sind (BVerwG, 10.07.2000 – BVerwG 4 B 39/00, Jurion – Leitsatz).

Ebenfalls gibt es in der näheren Umgebung keine vergleichbare Bebauung (Vorbild) in dieser Größenordnung, so dass sich das Vorhaben nicht einfügt. Durch die unmittelbare Nachbarschaft zur Wohnbebauung ist auch das Ortsbild durch diesen großen Eingriff beeinträchtigt.

Ist somit das Vorhaben nach den Vorschriften des § 34 BauGB zulässig?

Bei einer Größe von fast 12.000 m² ist die Fläche städtebaulich relevant und nach Baugesetzbuch § 1 Abs. 3 (Aufgabe, Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung) hat die Kommune einen Bauleitplan aufzustellen. Nach Einzelhandelserlass NRW (und Baunutzungsverordnung 1990 BAUNVO 1990) sind großflächige Einzelhandelsbetriebe außer in Kerngebieten nur in für sie festgesetzten Sondergebieten zulässig. Großflächigkeit ist spätestens ab einer Geschossfläche von 1.200 m² (Einzelhandelserlass und BauNV0) erreicht. Für den Bau des großflächigen (Geschossfläche 1.960 m²) Einzelhandelsbetriebs wäre somit u. E. eine Änderung des FNP notwendig (Änderung der Kennzeichnung als Wohnbaufläche in Sondergebietsfläche § 11 BauNV0). Bei einem Bauplanungsverfahren (FNP und B-Plan) sind die anerkannten Naturschutzverbände zu beteiligen!

Sondergebiete für Vorhaben i.S.d. § 11 Abs. 3 BauNV0 (Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige Handelsbetriebe) dürfen nur in zentralen Versorgungsbereichen ausgewiesen werden).

Ein solcher zentraler Versorgungsbereich ist im Ortsteil Weddinghofen (Schulstraße) im FNP ausgewiesen. Die Vorhabenfläche befindet sich außerhalb des ZVB in der Ortsrandlage.

Entspricht damit die Ansiedlung dem Einzelhandelserlass NRW?

U. E. handelt es sich um eine Fläche des planerischen Außenbereichs nach § 35 BauGB. Im Außenbereich sind nur privilegierte Vorhaben, insbesondere Landwirtschaft, zulässig.

Mit freundlichen Grüßen
Jochen Wehmann
Fraktionsvorsitzender

Anfang vom Abschied, Jubiläen und reichlich neue Aufgaben



Eigentlich hat er noch 10 Monate und der Schwerpunkt sollte auch auf den Jubiläen 2020 liegen. Dennoch war der traditionelle Neujahrsempfang dann doch so etwas wie der Anfang vom Abschied für Bürgermeister Roland Schäfer. Immerhin war es am Sonntag das letzte Mal, dass er geschmückt mit der

Amtskette vor Vertretern aller politischen und gesellschaftlichen Fraktionen Rückblick und Ausblick hielt. Als Stadtoberhaupt mit „äußerster Langlebigkeit in der Politik“, wie seine Amtskollegen aus den Partnerstädten doch etwas neidvoll anerkannten.



Ein persönliches Geschenk aus Wieliczka.

Emotional wurde es in den Grußworten aber auch an anderen Stellen. Als sich Patrice Leclerc, der Bürgermeister der französischen Partnerstadt Gennevilliers, für die gegenseitige Unterstützung „auch in schmerzlichen Momenten“ in Erinnerung an die terroristischen Attentate in beiden Ländern bedankte. Sein Wunsch nach „Frieden und Aussöhnung angesichts dieses Jahresbeginns wie wir es in Europa nach dem Krieg geschafft haben“ sorgte für langanhaltenden Applaus. Auch der Bürgermeister von Hettstedt, Dirk Fuhlert, war tief gerührt als er „heute das erste Mal und im Laufe des Jahres noch häufiger Danke“ sagte für die Unterstützung in der Wendezeit und darüber hinaus – vor allem aber für „Herzlichkeit, Verständnis, Freundschaft“. Er sucht noch händeringend mit seinem Städte-Team in seiner relativ wasserarmen Heimat nach einem Trainingsort, um beim Bergkamener Hafenfest mit einem eigenen Boot anzutreten. Auch Artur Kosiol, der Amtsbruder aus dem polnischen Wieliczka, bedankte sich für infrastrukturelle Hilfe, für „das, was von Herzen kommt“ und den Zusammenhalt der Menschen. Auch er will im Verbund der Partnerstädte über die gemeinsamen 30-jährigen Partnerschaftsjubiläen hinaus

„kämpfen für Frieden und mehr Sicherheit“

2020 hat es schon jetzt in sich



Bürgermeister Roland Schäfer zum letzten Mal beim traditionellen Rück- und Ausblick des Neujahrsempfangs.

Es folgte der traditionelle Rückblick auf ein erneut ereignisreiches Jahr, aus dem einiges hervorstach. Ein integriertes Klimaschutzkonzept mit 27 Einzelmaßnahmen, eine neue Leitung für die Freiwillige Feuerwehr, die Räumung von 2 Wohnhäusern und Evakuierung von 95 Menschen inklusive heftigen Widerstands mit anschließend doch noch geglückter Sanierung waren einige davon. Umbau des Pestalozzihauses, Bergkamen als erste Stadt mit Erinnerungssampeln für Römer und Bergbau, Einweihung des Ernst-Fluß-Platzes, seit 3 Jahren ein Haushalt ohne Sicherungskonzept, Abriss der Turmarkaden, Umbau des Rathaus-Centers, Neubau des Kauflands, neue Firmenansiedlungen unter anderem auf der letzten freien Gewerbefläche sind weitere Aspekte.



Emotional und sehr persönlich bedankte sich Patrice Leclerc, der Bürgermeister von Genevilliers.

Die Liste der 2020 zu bewältigenden Dinge ist nicht weniger lang, angeführt vom Jubiläum der Städtepartnerschaften und der Galerie sohle 1 als älteste kommunale Galerie der Republik – beides im Mai. Richtig Arbeit muss in die Machbarkeitsstudie für Sanierung oder Neubau des Rathauses investiert werden, ebenso in dem Umbau des Museums mit Abriss des Zwischentrakts und Neubau eines Begegnungszentrums. Der Breitbandausbau wird ebenfalls eine Herausforderung, bei der die Schulen und Gewerbegebiete an erster Stelle stehen sollen, 2021 die privaten Anschlüsse folgen. Der Neubau der Jahnschule, diverse Offene Ganztagschulen und Kitas, Abriss der Heideschule und Neubauten, eine Machbarkeitsstudie für die Sanierung des studio theaters: 2020 hat es in sich. Die Bodenarbeiten in der Wasserstadt Aden laufen, die Ausschreibung für den See ebenso. Der Radverkehr bekommt einen besonderen Stellenwert mit gleich mehreren Projekten. Das Strukturstärkungsgesetz steht ins Haus mit Konzepten für die Stilllegung des Kohlekraftwerks bis 2038. Ein integriertes Handlungskonzept für Bergkamen-Mitte, Fußverkehrs-Check, Neuaufstellung des Lärmschutzplans, Barrierefreie Stadt BK, Kommunale Altenplanung, Integrationskonzept, digitales Beschwerdemanagement: Im Rathaus und in den politischen Gremien wird es 2020 garantiert nicht langweilig.



Musik gab es von den „Franklins“.

Alles andere als langweilig war es auch auf der Bühne des studio theaters. Dort boten die „Franklins“ handfeste Musik. Gefolgt von Kevin Kalvus, der mit Glaskugeln auf seinem Körper echte Poesie formulierte – auch wenn die Musik dazu eine Weile auf sich warten ließ. Freuen dürfen sich die Bergkamener 2020 nicht nur auf die womögliche Fertigstellung des Bahnübergangs an der Jahnstraße, den 2. Bauabschnitt der L821n, weitere Diskussionen zum GSW-Ganzjahresbad und Planungen zur Nachfolgenutzung des Turmarkadengeländes. Es wird auch eine neue Veranstaltung geben: Mittelalterlich geht es beim Bumansburgfest am 15. und 16. August zu.

CDU-Fraktionsbüro geschlossen

In der Zeit vom 21. bis einschließlich 25. Oktober bleibt das CDU-Fraktionsbüro geschlossen.

Ab Montag, 28. Oktober, ist das Fraktionsbüro mit den Öffnungszeiten von 9 bis 12 Uhr wieder besetzt.

L 821n erregt weiter die Gemüter



Deutliche Signale setzten die Demonstranten am Sonntag.

Sie kamen auf zwei und auf vier Beinen. Manche verschliefen alles still und gemütlich eingerollt im Bollerwagen. Andere riefen ihren Unmut gegen bereits angerückte Bagger und gehäckselte Maisfelder lautstark heraus. Am Sonntag waren gut 200 Bergkamener in den letzten Regentropfen unter tiefdunklen Wolken unterwegs, um einmal mehr gegen die L 821n zu protestieren. Diesmal mit prominenter Unterstützung aus dem Landtag.



Arndt Klocke,
Fraktionsvorsitzender der
Grünen im Landtag,
unterstützte die
Demonstration,

Die EU-Kommission ist eingeschaltet. Der Petitionsausschuss des Landtages ebenfalls. Viele Bergkamener wollen sie nicht, die Umgehungsstraße L 821n. „Viele Städte in NRW haben bereits den Klimanotstand ausgerufen“, rief Arndt Klocke, Fraktionsvorsitzender der Grünen zum Auftakt des Marsches in das Mikro. „Vor diesem Hintergrund muss alles noch einmal überprüft werden“, forderte er mit Blick auf veraltete Zahlen aus der Mitte der 2000er Jahre. „Dieses Vorhaben muss entweder gestoppt oder überprüft werden“, so der Landespolitiker, der dafür viele „Jawoll“-Rufe erntete. Der Bergkamener Ratsbeschluss sei eindeutig ablehnend gewesen. In der Interpretation von Landesverkehrsminister Hendrik Wüst ist es nach der jüngsten kleinen Anfrage der Grünen genau umgekehrt.



Weitere Schlagworte der Demonstranten.

Heute gebe es mehr Geld vom Bund für den Straßenbau – anders als zuvor, als die alte Regierung die Signale für die L 821n auf Rot setzte. „Geld, das lieber in den ÖPNV und in die Radwege investiert werden sollte – eine Mobilitätswende ist dringend notwendig“, forderte Arndt Klocke. „Nicht jede Umgehungsstraße ist unsinnig, diese jedoch ganz besonders“, so sein Fazit. Er will einen Stopp für das Projekt und stellt eine klare Forderung: Es muss eine weitere Umweltverträglichkeitsprüfung samt Verkehrszählung her.



Auch der Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff ergriff das Wort.

Wie weit die Bergkamener inzwischen sensibilisiert sind, erlebte der Grünen-Bundestagsabgeordnete und Bergkamener Landwirt Friedrich Ostendorff erst unlängst selbst. Als Bagger Kalk auf seinen Feldern ausbringen sollten, stellten sich ihnen besorgte Bürger entgegen in der Vermutung, dass hier Bautätigkeiten für die L 821n dahinterstecken. Auch für Ostendorff ist die Umgehungsstraße teil einer Klimapolitik, die nicht mehr zeitgemäß ist. „Der Klimawandel kommt schneller als prognostiziert – das verdeutlichte jetzt erst der Bericht des Weltklimarates“, betonte er. Die Situation des Waldes sei dramatisch, die Ernteverluste in diesem Jahr schlimmer als im

Vorjahr. Keine Straßen mehr bauen: Das sei eine Empfehlung, für die hier noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten sei. Denn eine Kernfrage mit Blick auf den Klimawandel sei, wie sich Mobilität zukünftig darstelle. „Wir müssen damit aufhören“, rief Ostendorff und will einen Umbau der Landwirtschaft angesichts von extrem schrumpfenden Regenmengen und den ersten beiden Beregnungsanlagen in Bergkamen. „Wir müssen weg aus dem Wahnsinn, Flächen zuzubetonieren“, lautet seine andere Forderung.

Der Demonstrationszug traf sich anschließend zu weiteren Debatten, Reden und Gesprächen mit Musik und Getränken. Es wird sicherlich nicht der letzte gewesen sein.